



Daimler-Manager Pfahls (in Singapur 1998), Spürpanzer „Fuchs“, Förderer Strauß mit Persönlichem Referenten Pfahls (1979): „Ich kann leider

AFFÄREN

Operation Fuchs

Der mit Haftbefehl gesuchte ehemalige Verfassungsschutzchef Holger Pfahls ist in Südostasien abgetaucht. Er soll die Schlüsselfigur in einem Schmiergeld-Kartell gewesen sein. Als Staatssekretär im Verteidigungsministerium soll er einen umstrittenen Panzer-Deal mit Saudi-Arabien durchgesetzt haben.

Ein Schlaganfall, so glauben die Ärzte, hatte den Manager während einer Dienstreise aufs Krankenbett geworfen. Dennoch empfing der malade Deutsche im Veterans General Hospital der taiwanischen Hauptstadt Taipeh zwei Anwälte aus der Heimat. Holger Pfahls, 56, einst Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und heute Spitzenmanager des Automobilkonzerns DaimlerChrysler in Südostasien, hatte gravierende juristische Probleme zu besprechen – gegen ihn liegt ein Haftbefehl wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung vor.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg wirft dem Ex-Geheimdienstler, der vor dem Daimler-Job auch schon als Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium Karriere gemacht hatte, vor, für ein Schmiergeld von

3,8 Millionen Mark dafür gesorgt zu haben, daß 1991 gegen Bedenken und zeitweiligen Widerstand sowohl seines Ministers und der Heeresführung als auch des Auswärtigen Amtes 36 „Fuchs“-Panzer an Saudi-Arabien geliefert wurden. Der Vorwurf, den Pfahls („Ich habe nie Geld gesehen“)

stets bestritt, schien lange auf eher wackligen Beweisen zu fußen.

Doch was jetzt geschah, adelt den Verdacht der Augsburger Fahnder: Der ehemalige Agentenchef tauchte in Hongkong unter wie ein ertappter Anlagebetrüger. Das Ermittlungsverfahren 502 Js 127135/95, das zeigen dessen jüngste Ergebnisse, könnte sich zu einer Staatsaffäre auswachsen. Mit Pfahls würde erstmals seit der Flick-Affäre wieder ein, wenn auch ehemaliges, Mitglied einer Bundesregierung wegen krimineller Machenschaften vor Gericht stehen.

Der Daimler-Manager muß einen Prozeß jedenfalls gefürchtet haben. Er rief aus dem Krankenhaus einen ehemaligen Ministerialbeamten in Bonn an, den er lange kennt. Dem klagte Pfahls, er könne leider nicht beweisen, daß er unschuldig sei, des-



Bundesamt für Verfassungsschutz

P. BECKENROTH / JOKER



S. MÜLLER-JANSCH

S. V. HEYDEKAMPF

nicht beweisen, daß ich unschuldig bin, deshalb werde ich untertauchen müssen“

halb müsse er wohl untertauchen. Der Bekannte, ein Jurist, riet dringend ab. Pfahls gab sich scheinbar geschlagen: „Sie haben recht, ich muß mich stellen.“

Auch Daimler sorgte sich um seinen Asien-Repräsentanten, der in der konzerninternen Hierarchie zur Führungsebene E 1 zählt, die direkt unterhalb des Vorstands angesiedelt ist. Zunächst wurde der ehemalige Kommunikationschef von DaimlerChrysler in Singapur, Han Tjan, nach Taiwan geschickt, dann wurden die Anwälte Pfahls' eingeschaltet.

Die Juristen mühten sich, dem Gesuchten klarzumachen, daß er sich stellen solle. Pfahls wurde eine gute medizinische Versorgung an Bord, wenn nötig sogar ein Sanitätsflugzeug und ärztliche Begleitung zugesagt. Die Stuttgarter glaubten offenbar an die Unschuld ihres leitenden Angestellten, der bei rund 600 000 Mark Jahreseinkommen für das gesamte operative Geschäft des Konzerns in Südostasien verantwortlich war.

Die Anwälte kehrten Anfang Juni mit dem Versprechen Pfahls' zurück, sich zu stellen, sobald er flugtauglich sei. Den Ermittlern übergaben sie ein kurzes Attest des Veterans General Hospital mit der Diagnose „Suspected to be recurrent stroke“ – Verdacht auf einen neuerlichen Schlaganfall. Zusage und Attest sollten die Fahnder beruhigen – ein Auslieferungsabkommen mit Taiwan gibt es ohnehin nicht.

So warteten denn am Dienstag morgen vorvergänger Woche Polizeibeamte am Münchner Flughafen auf die Ankunft des

Swissair-Fluges SR 550 aus Zürich. Doch Pfahls war nicht, wie angekündigt, an Bord. Erste Ermittlungen ergaben, daß der Ex-Geheimdienstler seinen Flug in die Obhut der deutschen Justiz in Hongkong abgebrochen hat – seitdem ist er untergetaucht.

„DaimlerChrysler wird das Arbeitsverhältnis mit Herrn Pfahls beenden“, erklärte vorigen Freitag Konzernsprecher Christoph Walther. Der Konzern hat nur ein Problem – er weiß nicht, wo er Beurlaubung und Kündigung zustellen kann.

Sollte sich Pfahls noch in Hongkong befinden, kann er sich vorerst ziemlich sicher fühlen – die Chinesen gelten bei der Rechtshilfe als ziemlich unberechenbare Partner. Die Justiz hat seit einiger Zeit den Druck erhöht. Sie läßt Pfahls' stattliches Gehalt pfänden, seine Villa am Tegernsee ist mit einer Zwangshypothek belegt. Die Augsburger Fahnder erwägen nun, ein Zielfahndungskommando auf den ehemaligen Geheimdienstler anzusetzen. Denn Pfahls soll, wenn voraussichtlich nächstes Jahr der Prozeß um den Panzer-Deal beginnt, mit auf der Anklagebank sitzen – als angeblich käuflicher Staatssekretär a. D.

Pfahls, früher einmal Büroleiter von Franz Josef Strauß und dank der Protektion des bayerischen Ministerpräsidenten im Verteidigungsministerium untergekommen, soll vor seinem Wechsel in die Industrie eine Schlüsselfigur in einem feinge-

sponnenen Geflecht aus dienstbaren Politikern, gierigen Industriellen und dubiosen Mittelsmännern gewesen sein, das sich Millionensummen ergaunerte.

Zum Kreis der Verdächtigen, die bei dem Geschäft mit den Saudis abkassiert haben sollen, zählen der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Erich Riedl (CSU), 66, Strauß-Sohn Max Josef, 40, Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 73, sowie die damaligen Thyssen-Manager Jürgen Maßmann, 56, und Winfried Haastert, 58.

Auf deren Spur war die Augsburger Staatsanwaltschaft gekommen, als sie 1995 den Kauferinger Geschäftsmann Karlheinz Schreiber, 65, einen alten Kumpan von Strauß, wegen anderer Vorwürfe überprüfte (SPIEGEL 48/1995). Schreiber war damals nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft für verschiedene Industrieunternehmen im In- und Ausland tätig, indem er „Kontakte zu Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft eröffnet“.

In den konfiszierten Dokumenten fanden die Ermittler Hinweise, daß der Patriot und Geschäftsmann („Ich liebe dieses Land und insbesondere den Freistaat Bayern“) auch der Essener Thyssen Industrie AG beim Panzer-Deal als „Berater für Marketingzwecke in der Golf-Region“ diene. Insgesamt plante Thyssen „ausweislich des aufgefundenen Projektleitblatts“, bei dem Gesamtauftragsvolumen von 446,4 Millionen Mark für die Panzer 219,7 Millionen als „Provisionen oder nützliche Aufwendungen“ zu verteilen. 24,4 Millionen davon sollen an den Vermittler Schreiber geflossen sein, der dieses Geld größtenteils weitergeleitet habe.

In einem Aktenvermerk – „Betrifft: Zahlungen von Karlheinz Schreiber an Industrie und Politik unter Verwendung von

Verräterische Zahlen und sonderbare Namenskürzel auf einem Kalenderblatt

Decknamen und Abkürzungen“ – hielten die Fahnder ihre Theorie fest, die sich auf Zahlen und sonderbare Namenskürzel in einem beschlagnahmten Schreiber-Kalender stützt. „Holgert 3,8“ bedeute demnach, Holger Pfahls habe von Schreiber 3,8 Millionen kassiert. „Waldherr 1“ und „Winter 1,200“ hießen,

Walther Leisler Kiep und Winfried Haastert hätten eine Million beziehungsweise 1,2 Millionen Mark bekommen. „Jürglund 4,125“ bedeute, Jürgen Maßmann habe 4,125 Millionen erhalten. „Maxwell 500“ interpretieren die Staatsanwälte als halbe Million für Max Strauß.

Alle Beschuldigten bestritten die vorgeworfenen Zahlungen. Das tun sie auch heute noch. Ihre Anwälte sprechen von „Fiktionen“ und „abenteuerlichen Konstruktionen“ der Staatsanwaltschaft.

Doch die Ermittler trugen Stein für Stein zu einem Mosaik zusammen, das im April zu Haftbefehlen gegen Pfahls sowie die beiden Spitzenmanager führte. Zwar hat

das Oberlandesgericht München die Haftbefehle gegen Haastert, inzwischen Personalvorstand der ThyssenKrupp Automotive AG, und Maßmann, mittlerweile Geschäftsführer der Henschel Wehrtechnik GmbH, gegen Kautions in Höhe von je einer Million Mark außer Vollzug gesetzt. Bei beiden wurde aber der „dringende Tat-

Foto. Wenigstens einmal, sagt ein ehemaliger Mitarbeiter, habe sein Chef dabei von Saudi-Arabien aus mit Schreiber telefoniert, gegen den mittlerweile ein Haftbefehl wegen Steuerhinterziehung in zweistelliger Millionenhöhe vorliegt.

Schon vor dem ersten Abflug der Thyssen-Leute nach Riad lief der Bonner Regierungsapparat auf Hochtouren. Mit in Gang gebracht hatte ihn Staatssekretär Pfahls. Der wies am 10. September 1990 den Hauptabteilungsleiter Rüstung sowie den Führungsstab des Heeres an, eilig zu klären, ob „Fuchs“-Panzer „aus Bundeswehr-Beständen an Saudi-Arabien entgeltlich abgegeben werden können“. Dem Ministerium ist dieser Auftrag immer noch ein Rätsel: „Der mögliche Export“ sei bis zum Tag der Pfahls-Anordnung



M. HANGEN

Pfahls-Villa am Tegernsee: Mit Zwangshypothek belegt

verdacht“ der Untreue und Steuerhinterziehung weiter bejaht.

Bei ihrer Recherche sind die Fahnder tief in die Regularien des „Bundessicherheitsrates“, eines der geheimsten Gremien der Republik, eingedrungen – und haben Erstaunliches zutage gefördert.

Unter Vorsitz des Kanzlers entscheiden dort die wichtigsten Kabinettsmitglieder, was Deutschland an High-Tech-Kriegsgerät exportiert. Pfahls, der bei der Durchsichtung seiner Villa noch gestöhnt hatte, „meine Karriere ist zu Ende“, ließ seine Anwälte vortragen, es könne „wohl ausgeschlossen werden, daß sich der Bundeskanzler und fünf Bundesminister von einem beamteten Staatssekretär in irgendeiner Weise präjudizieren lassen“.

Ganz so abwegig ist dieser Verdacht der Augsburger nicht. Aus den Akten der Ministerien läßt sich ersehen, daß Pfahls 1990 und 1991 auf der Hardthöhe nicht nur engstens in die Ausfuhrentscheidung eingebunden war, sondern sie auch gegen alle Bedenken verteidigte und forcierte.

Die Operation Fuchs begann im Sommer 1990, kurz nachdem der irakische Diktator Saddam Hussein das Nachbarland Kuwait am 2. August besetzt hatte. Auf diplomatischen Kanälen sowie über ihre langjährigen Geschäftskontakte zu Schreiber und Thyssen ließen die Saudis die Bonner Regierung wissen, sie wollten dringend mit Panzern aus Deutschland aufrüsten.

Maßmann, im Thyssen-Henschel-Vorstand zuständig für Wehrtechnik, reiste den Ermittlungen zufolge Ende September 1990 nach Riad, um im dortigen Verteidigungsministerium erste Gespräche über die Lieferung der Spürpanzer zu führen. Mitte Oktober kamen die Industriellen ein zweites Mal und präsentierten 14 saudischen Generälen das Wundergerät auf Film und

„offensichtlich nicht diskutiert worden“, heißt es in einem Vermerk der Hardthöhe.

Auch Pfahls kann oder will sich nicht so genau erinnern. Er ließ sein Ministerium 1996 wissen, die ganze Sache sei für ihn „nach nunmehr fünf Jahren nicht mehr rekonstruierbar“.

Am 25. September 1990 fragte Thyssen Henschel beim Auswärtigen Amt an, ob für die „Fuchs“-Ausfuhr nach Saudi-Arabien mit einer Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz „zu rechnen ist“. Das AA war nicht begeistert. Pfahls intervenierte im Kanzleramt, schaltete den damaligen Kohl-Vertrauten Horst Teltchik ein. Den bat er um „geeignete Einflußnahme auf die Haltung des AA“, da dieses „offensichtlich nicht bereit“ sei, „auf bisherige Grundpositionen zu verzichten“. Eine davon lautete: keine Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien.

Fünf Monate später lag die Ausfuhrgenehmigung für Thyssen Henschel mit einem Mal doch auf dem Tisch. Am 27. Februar 1991, der Krieg der Alliierten gegen den Irak war schon fast vorbei, stimmte der Bundessicherheitsrat der Ausfuhr der 36 Panzer zu. Weil Thyssen nicht so viele auf Lager hatte, lieferte die Bundeswehr gebrauchte Fahrzeuge nach Saudi-Arabien, der Industriegigant füllte den Bestand des Heeres mit neuen Tanks wieder auf.

Ziemliche Probleme bereitet den Staatsanwälten noch immer die Beweisführung gegen Riedl, Leisler Kiep und Strauß junior. Einstellen will man die Verfahren aber vorerst nicht. Vielleicht, hofft man in Augsburg, packt im geplanten Prozeß gegen Maßmann, Haastert und Pfahls ja doch noch jemand aus.

Vor allem bei Max Strauß, der alle Vorwürfe gegen sich als „absurd“ zurückweist, tut sich die Staatsanwaltschaft mit der Unschuldsumutung schwer. Die Festplatte seines Computers war, kurz nachdem die Staatsanwaltschaft mit den Durchsuchungen in Sachen Schreiber und Co. begonnen hatte, von einem wundersamen Virus befallen und dadurch „geputzt“ worden.

Riedls Ehefrau Gertrud gab zudem den Ermittlern noch einen besonderen Auftritt des Strauß-Sohnes Max zu Protokoll, den es laut Strauß nie gegeben hat: Kurz nach dem Besuch der Fahnder bei Strauß habe dieser eines Abends plötzlich an die Fensterscheibe geklopft. „Ihr habt doch 500 000 Mark von Thyssen bekommen“, habe er losgepoltert. Riedls Frau dementierte energisch, Strauß habe getobt: „Beseitigen Sie alles. Das muß alles weg, alle Telefonnummern, Visitenkarten vernichten.“ Ihren Mann solle sie „nur noch von Telefonzellen aus anrufen“, die Schweizer Konten „beseitigen“. Dann sei Strauß junior in der Nacht verschwunden, nicht ohne ihr zuvor einzuschärfen: „Dieser Besuch hat nicht stattgefunden.“

DIETMAR HAWRANEK,
WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO

Ins Visier der Justiz

sind die Pfahls-Bekanntesten Karlheinz Schreiber, Geschäftsmann aus Kaufering, Jürgen Maßmann, Geschäftsführer Henschel Wehrtechnik, Erich Riedl, Ex-Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Winfried Haastert, Vorstand bei Thyssen-Krupp Automotive, und Max Josef Strauß geraten.



Schreiber



Maßmann

J. H. DARCHINGER



Riedl



Haastert



Strauß junior

KNIPPERTZ PRESSEDIENST